

Abstimmung vom 18. Mai 2014 : Luftkampf um neue Flugzeuge

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **41 (2014)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Luftkampf um neue Flugzeuge

Die Schweiz soll 22 neue Kampfflugzeuge des Typs Gripen erhalten. Das Volk muss dem Rüstungsgeschäft mit unklaren Folgekosten zustimmen.
Von Jürg Müller

Braucht die Schweiz als Ersatz für die in die Jahre gekommene Tiger-Flotte 22 schwedische Kampffjets des Typs Gripen? Dies ist die Frage, welche die Stimmbürger am 18. Mai zu beantworten haben. Der Abstimmungskampf wird von viel politischem Lärm begleitet, die Übungsanlage ist allerdings weitgehend bekannt: Bundesrat, Parlament, bürgerliche Parteien sowie Miliz- und Wehrorganisationen wollen das neue Flugzeug, ein armeekritisches Bündnis von Sozialdemokraten, Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) bekämpfen den Kauf. Sie haben erfolgreich das Referendum ergriffen. In bescheidenem Umfang hat auch ein «Liberales Komitee Nein zum Gripen» Unterschriften beigesteuert. Es besteht hauptsächlich aus Exponenten der Grünliberalen Partei (GLP).

Heftige Turbulenzen

Die Skepsis gegenüber der Typenwahl war ursprünglich weit verbreitet – nicht nur bei der Linken. Die Evaluation sei nicht sauber abgelaufen, hiess es immer wieder. Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats liess die Vorwürfe abklären und kam zu einem zwiespältigen Ergebnis: Das Auswahlverfahren sei korrekt über die Bühne gegangen, allerdings habe sich der Bundesrat für den Jet mit dem grössten Risiko entschieden. Dieser konnte die Bedenken in der

Folge so weit zerstreuen, dass sich auch die einstigen bürgerlichen Kritiker hinter Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) stellten. Nur die Linke lehnte den Kauf des Kampffjets einhellig ab. So stimmten beide Parlamentskammern dem Geschäft zu.

Sind 32 F/A-18 genug?

Nun ist das Volk an der Reihe. Die Gegner stellen die Beschaffung grundsätzlich in Frage. Ein wirksamer Luftschirm ist aus ihrer Sicht auch ohne neue Jets gewährleistet und auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger-Flugzeuge sei die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut gerüstet. Die 32 F/A-18 genügen vollauf für den Luftpolizeidienst. Ein veritabler Luftkrieg sei im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld kein realistischere Szenario. Ohne neue Flugzeuge sei die Durchhaltefähigkeit der Luftwaffe nicht gewährleistet, heisst es dagegen bei den Befürwortern. Diese sei heute noch wichtiger als früher, weil Angriffe – selbst Terrorangriffe – immer mehr aus der Luft erfolgten. Nie-

mand könne für die nächsten Jahrzehnte Bedrohungen aus der Luft völlig ausschliessen.

Obschon der Gripen der kostengünstigste der geprüften Flugzeug-Typen ist, spielen die Finanzen im Abstimmungskampf eine grosse Rolle. Etwas über drei Milliarden Franken kosten die Gripen-Flugzeuge insgesamt. Unterhalt und Betriebskosten treiben aber laut der Gegnerschaft die Kosten über die gesamte Betriebsdauer gerechnet auf zehn Milliarden Franken hoch. Das VBS spricht jedoch von «nur» sechs Milliarden Franken für Beschaffung und Betrieb über eine Einsatzdauer von 30 Jahren. Das VBS weist auch das Argument der Gegner weit von sich, der Gripen sei ein «Papierflieger» und insofern ein Risiko, weil Dutzende Komponenten des Flugzeugs erst noch entwickelt werden müssten. Der Gripen sei kein von Grund auf neu konzipiertes Flugzeug, schreibt das VBS, es handle sich lediglich um eine Weiterentwicklung und technische Vervollkommnung des bestehenden Typs.

Entscheidend für den Ausgang der Abstimmung dürfte sein, welche Argumente im Zentrum der Debatte stehen: Rücken technische Argumente und die Milliardeninvestition in den Vordergrund, können die Gegner punkten. Gelingt es den Befürwortern, die Abstimmung zur Schicksalsfrage «Armee Ja oder Nein?» zu stilisieren, wird der Gripen wohl dereinst in der Schweiz landen.



Hausärzte sollen gestärkt werden

In der Schweiz zeichnet sich seit längerem ein Mangel an Hausärzten ab. Lange Arbeitszeiten, viel administrativer Aufwand, Notfalldienste mit Nachteinsätzen – und das alles bei relativ tiefem Einkommen – machen die Hausarztmedizin immer unattraktiver. Der Berufsverband der Hausärzte Schweiz lancierte deshalb 2010 die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin», die von rund 200 000 Schweizerinnen und Schwei-

zern unterschrieben wurde. Im Laufe der Beratungen im Parlament kristallisierte sich ein Gegenvorschlag heraus, der nun dem Volk vorgelegt wird und auch die Initianten zufriedenstellt: Bund und Kantone sollen für eine «ausreichende, allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität» sorgen und die Hausarztmedizin fördern weil «sie diese als einen wesentlichen Bestandteil dieser Grundversorgung anerkennen».

Die Hausärzte sehen damit die wesentlichen Ziele ihrer Initiative erfüllt. Ihr jahrelanger Kampf um eine Besserstellung im

Gesundheitswesen ist von Erfolg gekrönt, wenn das Volk am 18. Mai der Vorlage zustimmt.

Der Hausärzteverband äusserte sich auch sehr lobend über den zuständigen Bundesrat, Alain Berset. «Die Vertreter des Initiativkomitees haben den Gesundheitsminister als fairen und glaubwürdigen Partner erlebt», heisst es in einer Medienmitteilung. Dies auch deshalb, weil Berset es nicht bei einem Verfassungsartikel bewenden liess, sondern mit den verschiedenen Akteuren parallel dazu einen Masterplan Hausarztmedizin ausgearbeitet hat. (JM)